

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 08

November/Dezember 2003

Jahrgang 32

Was ist Klassenkampf?

Eine marxistische Wortwahl?

Nein - BDI-Rogowski praktiziert ihn!

Kein anderer wie der Boss der Bosse, der BDI-Spitzenfunktionär Rogowski, der ansonsten den Klassenkampf in vergangene Fabelsphären verwies, bedient sich dieser Kampfrealität ohne wenn und aber.

Es scheint politischer Hass gegenüber demokratischer Rechte für Betriebsräte und Gewerkschafter, dem Betriebsverfassungsgesetz, dem Tarifvertragsgesetz und den Tarifverträgen. Mitbestimmungsrechte für Arbeiter und Angestellte, die in den Betrieben malochen, würde er am liebsten ins Lagerfeuer werfen. Das durch das Grundgesetz garantierte Streikrecht, das die wirtschaftliche Übermacht der Monopolisten, Fabrikbesitzer und Aktionäre gegenüber den abhängig Beschäftigten beschneiden soll, würde er am liebsten verbieten. Mit dieser politischen Grundhaltung hat Dr. Rogowski seine „Mehr Freiheits-“ und „Adlerfliegenlassen“-Philosophie aus dem Sack gelassen.

Als Repräsentant und Chefideologe der deutschen Industrie hat er sich neben Recht und Gesetz gestellt. Die BDI-Mitgliedsfirmen sollten prüfen, ob sie an der Spitze ihres Industrieverbands

einen Vertreter dulden, der das Land zurück ins 18. oder 19. Jahrhundert, in ein Land ohne Arbeitnehmermitbestimmung nur mit Unternehmerselbstbestimmung, katapultiert.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie, der mächtigste Interessenverband, ausgestattet mit wirtschaftlicher und auch mit politischer Macht, flüstert der Regierung alle die sozialen Unverschämtheiten, die sich gegen unsere Lebensinteressen richten, ein.

Schröder tanzt, wenn Rogowski pfeift. Seine Forderung, die Agenda 2010 eins zu eins umzusetzen und von der Opposition noch eins drauf zu tun, zeigt, wie die Parteien am ideologischen Tropf des BDI hängen.

Für Verdienstkreuze und andere Ehrungen ist Rogowski immer offen. Zuletzt in Sankt Pölten.

Angedachte Ehrungen aus seinen politischen Interessenverbänden werden sicherlich noch folgen. Ehrungen aus der öffentlichen Hand, des Bundes oder des Landes oder gar der Stadt Heidenheim sind nach solchen Meinungsäußerungen ad absurdum geführt.

„Lagerfeuer“

„Ich wünsche mir manchmal ein großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuwerfen. Danach könnte man einfach wieder von vorne anfangen.“

BDI-Präsident Michael Rogowski vor der amerikanischen Handelskammer Stuttgart

Zitiert in Stuttgarter Nachrichten vom 21. Oktober 2003

Zitate

„Ist es denn Schindluder, wenn ich sage: 30 Urlaubstage sind verdammt viel.“

„Brauchen Nullrunden für Rentner.“

„Auch Eure Renten können mal einige Jahre eingefroren werden, ohne dass ihr dabei zugrunde geht.“

Wenn ich Golf spiele, was ich eigentlich tue, dann erfahre ich, was Demut heißt.“

„Streik gehört in die Mottenkiste des vorletzten Jahrhunderts.“

Jeder muss eigenverantwortlich danach trachten, nicht in Not zu geraten und die Solidargemeinschaft möglichst wenig zu belasten.“

„...auch eine Arbeitszeitverlängerung: eine längere Grundarbeitszeit, eine längere Lebensarbeitszeit, eine längere Wochenarbeitszeit - 40 Stunden ohne vollen Lohnausgleich ...“

„...wir brauchen einen Systemwechsel - auch in den Köpfen. und dabei ist es doch völlig irrelevant, ob ein paar noch reicher werden als sie heute schon sind...Du hilfst den Armen nicht, indem Du den Reichen nimmst.“

„Solange die Reichen dazu beitragen, dass die Armen auch reich werden, ist unserer Gesellschaft gedient.“

„Wenn ich mir diese Prozeduren anschau, die im Zusammenhang mit Tarifrunden ablaufen, dann muss ich sagen, da möchte man am liebsten zum „Terrorist“ werden.“

„...es gibt noch viele Politiker in unseren Parlamenten, die von Wirtschaft keine Ahnung haben.“

Zitate - von wem wohl?

Kommunalpolitik



Oberbürgermeister
Bernhard Ilg (CDU)

Aus Schlossberg wird Profitberg Aus Henne-Nest wird Kuckucks-Nest

Der Widerstand gegen den Sinneswandel von OB Ilg statt auf den Seewiesen eine Veranstaltungshalle, jetzt auf dem Schlossberg eine Stadthalle mit völlig anderer Nutzung und dazu als Ergänzung ein Wellness-Hotel zu bauen, wächst. Vom Breiten- bis zum Spitzensport, die Experten sind gegen den Bau einer Halle auf dem Schlossberg. Ungeachtet dieser Fakten hat sich auch der Gemeinderat in seiner Sitzung am 13.11.03 der Obri- gkeitsmeinung des OB Ilg angeschlossen. Die überschwänglichen Huldigungen und Fraktionsmeinungen wie sie in der Sitzung

des Gemeinderats am 17.07.03 zum Ausdruck kamen waren keinen Pfifferling mehr wert. Die Eingebung von Oben, geflüstert von Dr. Kormann (VOITH) und GBH-Chef Griesinger verfehlten ihre Wirkung bei OB Ilg (CDU) nicht. In nichtöffentlichen Sondierungsgesprächen wurde der Wandel ausgetauscht und die Fraktionen auf Vordermann gebracht. Das der Heidenheimer Öffentlichkeit gegebene vollmundige Versprechen, bis zur Eröffnung der Landesgartenschau auch eine Veranstaltungs-

halle zu besitzen, ist in weite Ferne gerückt. Kommt sich die Öffentlichkeit dadurch nicht „verarscht“ vor?

Ein Bürgerentscheid wäre die beste Antwort.



Aus für den VOITH Turbinenbau?

Die Öffentlichkeit muss zur Kenntnis nehmen, dass die Sprüche für den VOITH-Standort Heidenheim, die gelegentlich immer wieder zur Beruhigung von den VOITH-Herren ausgesprochen werden billige Makulatur sind. „Heidenheim ist glücklicherweise nicht mehr VOITH - und VOITH ist nicht mehr Heidenheim“, VOITH-Chef Kormann (HNP 30.04.03). In dem noch vor Kurzem in aller Öffentlichkeit besprochenen Jahresabschluss der VOITH AG, in dem die Profite nicht schlecht waren, wurde gleichzeitig Personalabbau im Inland angekündigt. Keiner rechnete so schnell damit. VOITH hat mit seiner Überrumpelungsstrategie zugeschlagen.

Der seit 1870 angesiedelte Turbinenbau, der weit über ein Jahrhundert bei VOITH zu den Paradedpferden der Voithfertigung zählt, soll in Heidenheim platt gemacht werden. Die Beschäftigten spürten die Vorbereitungen schon länger. Die Salamatik, das scheinbarweise Abschneiden der Fertigungskapazitäten ließ den Tod bereits mit dem Abriss der Welt größten Karusselldrehbank ahnen. Den Schock, den Kormann durch sein Sprachwerk Fink und Göttler hat verkünden lassen, wandelt sich in verzweifelte Wut. Wie frech die Fabrikherren vorgehen, zeigt ihre arrogante Forderung in doppelter Hinsicht. Dass VOITH lebt, spricht weiter Höchstprofite scheffeln kann, müssen VOITHianer sterben, spricht, gekündigt werden. Wenn VOITH ein Technologiezentrum aufbauen will, sol-

len es die VOITHianer als Vorschuss, falls sie dort Beschäftigung finden, mit Niedriglöhnen und endlosen Arbeitszeiten auch mitfinanzieren. Diese Arroganz ist Kapitalismus und Ausbeutung pur und zeigt die Herrschafts- und Machtverhältnisse im Lande. Die Frage, ob die Herren im Nadelstreifen nicht überziehen, erübrigt sich. Ihre salbungsvollen Worte sind durchschaut. Nicht das Grundrecht, wonach Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen hat, ist ihre gesellschaftliche Verantwortung, sondern ihr Kapitalbesitz. Ihr Eigentum ist ihnen nur selbst verpflichtet. Dieser Missbrauch des Besitzes am Produktionsmittel Fabrik zwingt die Frage auf: Ist dieser Kapitalismus überhaupt in der Lage, menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse wie das Recht auf Arbeit und anständige Lebens- und Existenzbedingungen zu gewährleisten. Nein Kolleginnen und Kollegen, dieser weltweite globalisierte Kapitalismus ist die Triebkraft für Kriege, Unterdrückung, Ausbeutung in allen Ländern der Welt.



Vormerken! Wichtiger Termin: Kommunalwahl 13. Juni 2004

Betriebs- und Gewerkschaftsspiegel

VOITH-Papier Technologiezentrum nach Heidenheim

Die steigende Arbeitsproduktivität habe im Ausland zu Einsparungen von 1000 Arbeitsplätzen geführt. Jetzt, so ist aus der Presse zu entnehmen, werden die hiesigen Standorte unter die Lupe genommen, so war es aus der VOITH-Herbstpressekonferenz (HZ-HNP) zu entnehmen.

Die Formel also, mehr Arbeitsproduktivität = weniger Arbeitsplätze, zeigt die Gesetzmäßigkeit, die Arbeitslosigkeit produziert.

Betriebsräte und Gewerkschafter, die diese Tatsache ignorieren, werden aus dem Teufelskreis immer weiterer Erpressungsversuche der Unternehmer nicht mehr herauskommen.

Mit der ständig steigenden Arbeitsproduktivität und der gleichzeitigen Unternehmerforderung nach längeren, flexibleren, Wochenarbeitszeiten, werden die Betriebsräte und Gewerkschafter keinen einzigen Arbeitsplatz retten können. Im Gegenteil, die Automatik des Personalabbaus wird ständig in Gang gehalten. Wehren sich Beschäftigte und ihre Betriebsräte gegen diese Unterneh-

merstrategie, so greifen sie in den Sack und nehmen den näch-



sten Knüppel, die Arbeitsverlagerung in andere Länder oder Bundesländer.

Mit der VOITH-Standortsuche für ein Papier-Technologie-Zentrum sind alle Varianten unternehmerischer Erpressungsstrategien sichtbar.

Da werden wegen der Bauplätze bzw. der sog. Standortvorteile die Kommunen gegenseitig ausgespielt. Da werden wegen den staatlichen Subventionen, die Bundesländer in Konkurrenz gestellt und das brutalste ist, wenn BDI-Rogowski, sollte den Stand-

ortzuschlag Heidenheim erhalten, die Mitarbeiter und Betriebsräte auffordert, die Vorteile anderer Standorte mit arbeitsvertraglichen Zugeständnissen auszugleichen. BDI-Rogowski sollte nicht vergessen, Ländersubventionen an VOITH sind Steuergelder, die zuvor von den Arbeitern und Angestellten abkassiert wurden. Billige Grundstücke, Sondertarife für billigen Strom und billiges Gas, kommunale Sondertarife für Wasser und Abwasser oder kommunale Infrastruktur wie Zufahrtstraßen oder Gleisanschlüsse werden von den städt. Privathaushalten über höhere Gebühren, Tarife und Abgaben subventioniert. Also auch von Arbeitern und Angestellten und diese sollen dann noch durch längere Arbeitszeiten, womöglich ohne Lohnausgleich, und andere arbeitsvertragliche Zugeständnisse den Standort sichern. Das alles ohne dauerhafte Beschäftigungsgarantie, womöglich auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Ein brutales System, unsere freie, soziale Marktwirtschaft.



EPCOS-Demo München



Auch VOITHianer waren dabei. Die machtvolle Demo der Heidenheimer in München vor der EPCOS-Zentrale. Das war ein großer Beweis für den Widerstandswillen, für den Erhalt der Arbeitsplätze bei EPCOS und für Heidenheim. Auch EPCOS ist ein klassischer Beweis, was die Fabrikherren und Aktionäre von Vereinbarungen mit den Betriebsräten halten. Rechtsbruch ist an der Tagesordnung. Vereinbarungen zwischen Betriebsrat und Konzernleitung sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. So betrachtet ist die Münchner Demo nicht nur ein Beispiel des Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau, sondern auch ein Beispiel, wie es den Betriebsräten und Belegschaften geht, sollten sie zu den alleinigen Vertragspartnern zählen, ohne Gewerkschaft und Flächentarifvertrag, ohne Günstigkeitsprinzip im Rücken. Sie wären den Angriffen der Unternehmer, den Wortbrüchen hoffnungslos ausgesetzt.



Widerstand gegen Agenda 2010

„Heidenheimer Bündnis gegen Sozialkahltschlag“ gegründet

Als Ergebnis der machtvollen Demonstration in Berlin am 01.11.2003 haben sich verschiedene Heidenheimer Teilnehmer am 14.11.2003 getroffen und sich in einer ausführlichen Aussprache zum Ziel gesetzt, auch in Heidenheim ein Bündnis gegen Sozialkahltschlag zu initiieren. In den einstimmig verabschiedeten „Grundsätze der Zusammenarbeit“ sollen regelmäßige Aktionen in Heidenheim und in den Betrieben organisiert werden. Das Bündnis richtet auch einen Aufruf zum Mitmachen an die Bevölkerung, Gewerkschaften, soziale Organisationen, Bewegungen und Einzelpersonen. Jeder Teilnehmer (Einzelpersonen und Organisationen) hat das Recht auf eigen-

ständiges Auftreten und Meinungsäußerung. Die Initiatoren legen Wert darauf, der faktisch großen Koalition aller im Bundestag vertretenen Parteien eine außerparlamentarischen Gegenbewegung gegen die Agenda 2010 zu entwickeln. Daher verstehe sich das Bündnis als ein überparteilicher Bestandteil der bundesweiten Protestbewegung.

Nächstes Treffen:

Freitag, den 28.11.2003

Pension Pörtl 18.00 Uhr

Aktionstag geplant:

Samstag, den 29.11.2003

Zum Treffen am 28.11.03 sind alle die mitmachen wollen eingeladen.





unser e zeit

www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

Lateinamerika atomwaffenfrei

Mit einer „Deklaration von Havanna“, einem Dokument der Organisation für die Ächtung von Nuklearwaffen in Lateinamerika und der Karibik (OPANAL) hat sich die Region den entsprechenden Verträgen von Rarotonga (Südpazifik), Bangkok (Asien) und Pelindaba (Afrika) angeschlossen, womit jetzt insgesamt 120 Staaten mit 1,7 Milliarden Menschen umfasst werden. Kuba hatte sich 2002 dem Abkommen von Tlatelolco angeschlossen, das 1967 den Grundstein für diese atomwaffenfreie Zone gelegt hatte.

UN gegen Blockade Kubas

Im zwölften Jahr hintereinander wurde die USA-Blockade gegen Kuba von den Vereinten Nationen verurteilt. 179 Länder der Vollversammlung stimmten gegen die Blockade, 3 (USA, Israel und Marshall-Inseln), Mikronesien und Marokko enthielten sich (2002: 173 ja, 3 nein, 4 Enthaltungen; 2001: 167 ja, 3 nein, 3 Enthaltungen). Die Resolution hat keinen zwingenden Charakter.



Vormerken! Wichtiger Termin: Kommunalwahl 13. Juni 2004



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Jahreswechsel 2003 auf 2004 wird es weder mit den Arbeitsplätzen noch mit unserer sozialen Sicherheit und unseren demokratischen Rechte besser werden. Die Sozialdemokratie hat erneut den Beweis geliefert, dass sie keine Arbeitnehmer und Gewerkschaftslobby für soziale und demokratische Rechten im Parlament als Regierungspartei ist. Was uns bleibt, das ist, dass wir mit den Gewerkschaften den Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau einfordern und uns aktiv allen Widerstandsaktionen anschließen.

Jedem einzelnen VOITHianer und VOITHianerin wünscht die TURBINE-Redaktion Gesundheit und die Kraft, sich in den organisierten Widerstand der Gewerkschaften z.B. in der Tarifaueinandersetzung 2004 einzubringen, und die Kraft, sich auch den organisierten sozialen Bewegungen im In- und Ausland anzuschließen.

Die TURBINE-Redaktion wünscht Euch und Euren Familien für das Jahr 2004 alles Gute.



Zeitungen und Flugblätter kosten Geld. Für Spenden bedankt sich die DKP-Heidenheim
Spendenkonto: Kreissparkasse BLZ 632 500 30 Konto Nr. 413 903

V.i.S.d.P.
DKP Heidenheim R. Püschel